

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1916)
Heft: 12

Rubrik: Pazifistische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kommende Frieden nur ein Volksfrieden sein kann, aber kein Regierungsfrieden, kein Staatsfrieden „von Gottes Gnaden“. Das Verhältnis eines Staates zum andern soll genau dasselbe sein wie das von einem Individuum zum andern. Nur die Solidarität der Staaten untereinander kann dem Wohl der Menschheit dienen. Solange aber die Staaten kein andres Mittel finden als den Krieg, um ihre Differenzen zu ordnen, kann von einem Dauerfrieden nicht die Rede sein und die europäische Gesellschaft ist verloren. Die verflochtenen zwei Jahre haben bewiesen, dass die Militärmaschinen dem eigenen Staate grösseren Schaden zufügten als sie je imstande wären, dem sogenannten feindlichen Staate zuzufügen. Nutzlos und furchtbar zugleich sind die Militärmaschinen, aber es ist unmöglich, Frieden mit ihnen zu schliessen, weder im eignen noch im fremden Lande; Militärmächte können keinen wirklichen, d. h. dauerhaften Frieden schliessen. Ein solcher Friedensschluss ist nur möglich unter Ausschaltung des Kriegsministeriums und ohne das Ministerium des Aeusseren. Diese veralterten Institutionen sind der gegenwärtigen Lage in Europa nicht gewachsen. Sie allein haben Europa an den Rand des Abgrunds gebracht. Wollen sie es immer noch leugnen? Ist Deutschland schuld an den Dummheiten, die diese beiden Institutionen in England machten, oder an ihren Lügen und Schlichen, mit denen sie es fertig brachten, den Militärzwang einzuführen? Jede Regierung wird sich vor ihrem eigenen Volke zu verantworten haben, und keine diplomatischen Ausflüchte werden ihnen helfen. Sie müssen offen eingestehen, dass sie (vielleicht in bester Absicht) mit uralten, barbarischen Mitteln versuchten, den grössten Menschheitskonflikt zu bekämpfen. Es gibt nur eine Art wirklichen Weltfriedens, ein Frieden, dem die Erkenntnis zu Grunde liegt, dass Arbeit und Kapital international sind und dass zu ihrer vollen, friedlichen Entwicklung vor allem die Solidarität zwischen den Staaten erste Bedingung sein muss.

Wenn diese Erkenntnis Gemeingut geworden, wird es möglich sein, das Verhältnis zwischen dem Staat und dem einzelnen Bürger anders zu gestalten. Ohne die endgültige Lösung dieses wichtigsten Problems ist der Staat nur Lüge und Tyrannei, grausame Unterdrückung der Persönlichkeit, Zerstören der Freiheit; und ohne Freiheit ist kein höheres soziales Leben denkbar. Nur Staaten, zwischen denen Solidarität herrscht, dürfen herrschen. Ohne sie sind alle Staaten lächerlich und selbststüchtig zugleich, im Innern hoffnungslosem Verderben preisgegeben. Die innere Korruption muss unfehlbar zur Katastrophe führen, zum Krieg. Kein Frieden, ausser einem Völkerfrieden, ist daher denkbar. Ein Frieden, der weiter nichts ist als ein Aufhören des Kriegszustandes, ist ganz wertlos, und jeder Staatsmann, der einen solchen Frieden anstrebt, betrügt sich selbst; denn die ganze Schlächtereier und die Opfer wären umsonst gewesen. Dies wäre aber der Fall, wenn nur die materiellen Augenblicksinteressen der beteiligten drei Kaiserreiche berücksichtigt würden. Es sind nur wenige, in deren Händen sich diese Interessen konzentrieren; aber es gibt weit wichtigere Interessen von längerer Dauer, die man glücklicherweise nicht ausbeuten kann. Es sind die Lebensinteressen jeder einzelnen Familie und diese Interessen sollten jedem Staatsmanne am meisten am Herzen liegen. Das ist der wahre Grundstein des zukünftigen Friedens. Auf solcher Grundlage kann sich allein ein neuer Menschheitsbau erheben.

Die Staatsolidarität muss das Fundament des Völkerfriedens werden und dann dürfen wir hoffen,

dass aus dem Schutt der sich jetzt bekämpfenden Kaiserreiche ein neues, festgefügt Europa erstehen wird. Hingegen ein Friede, den die völkerfeindliche kapitalistische Gesellschaft schliesst, ein Frieden der Regierungen, kann nur das angefangene Zerstörungswerk beschleunigen.

Pazifistische Rundschau.

Unterhandlungen zwischen der Schweiz, Frankreich, Spanien und Deutschland betr. die Rückkehr vieler Bewohner besetzter Gebiete führten zu einer Vereinbarung.

Der schweizerische Bundesrat liess durch seinen Gesandten in Berlin die deutsche Reichsregierung auf den ungünstigen Eindruck aufmerksam machen, den die Wegführung belgischer Arbeiter aus Belgien nach Deutschland in weiten Kreisen der schweizerischen Bevölkerung hervorruft. Er schloss sich damit dem Vorgehen der Regierungen der Vereinigten Staaten, der Niederlande und Spaniens an.

Die in den elsässischen Gemeinden Pfirt, Ottendorf und Lufendorf wohnenden Schweizer erhalten von nun an gegen Entgelt Lebensmittel aus der Schweiz, welche von den Verkäufern bis an die Absperrungsdrähte und von dort durch Militär an die Bezugsberechtigten verteilt werden. Ein Verzeichnis der dort wohnenden Schweizer ist den schweizerischen Behörden zur Kenntnisnahme vorgelegt worden.

Die Republik Uruguay errichtet in Bern eine ausserordentliche Gesandtschaft. Auch Serbien soll sich mit dem gleichen Gedanken tragen.

Laut bundesrätlichem Berichte befinden sich gegenwärtig 18 848 kranke und verwundete Internierte in der Schweiz, welche alle der Disziplinargewalt und der Militärgerichtsbarkeit unterworfen sind. In Bälde soll die Zahl auf 30 000 anwachsen.

Der Durchtransport Evakuierter durch die Schweiz nach Frankreich hat neulich wieder begonnen. — In Chur ist eine Bergbauschule für Internierte eröffnet worden. — An der Berner Hochschule soll ein Lehrstuhl für Friedenswissenschaften errichtet werden.

Die zürcherische Kirchensynode verhandelte eingehend über eine Eingabe mit der Anregung, das Verbot der schweizerischen Munitionslieferung an kriegführenden Staaten anzustreben. Die Eingabe wurde dem Kirchenrat zur Prüfung überwiesen (d. h. doch begraben). Der Bundesrat wurde ersucht, in Verbindung mit andern neutralen Staaten Versuche zur Friedensvermittlung zu machen.

Dem Grossen Rat des Kantons St. Gallen unterbreitete die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag: „Der Grosse Rat, erschüttert von den unfassbaren Blutopfern des Krieges, ersucht im Namen der Menschlichkeit den hohen Bundesrat, im Verein mit den übrigen Neutralen den kriegführenden Mächten seine Vermittlung anzubieten.“

Die Gruppe der offiziellen Sozialisten der italienischen Kammer reichte eine Motion ein mit dem

Antrag, die Regierung von der Notwendigkeit einer möglichst raschen Beendigung der Feindseligkeiten zu überzeugen, und mit Hilfe der Vermittlung der Vereinigten Staaten von Nordamerika unter Berufung eines internationalen Kongresses aller kriegsführenden Länder eine solche herbeizuführen. Auf Begehren der Regierung hat dann die Kammer nach einer interessanten Debatte die Behandlung dieser Friedensresolution mit 293 gegen 47 Stimmen um 6 Monate vertagt. Immerhin ist es bedeutungsvoll, dass ein Sechstel der Abgeordneten für die sofortige Behandlung der Eingabe, d. h. doch wohl für die Einleitung der Friedensverhandlungen war!

Nach langen Verhandlungen haben sich nun auch noch Italien und Serbien einerseits und Oesterreich-Ungarn anderseits über den Austausch schwerverwundeter Kriegsgefangener verständigt. Am 29. November erfolgte der erste Transport italienischer, serbischer und österreichisch-ungarischer Schwerverwundeter durch die Schweiz in ihre Heimatstaaten. Zugleich begann auch der Austausch internierter Greise, Frauen und Kinder.

Die italienische Regierung hat in Anerkennung der Dienste, welche die Zürcher Behörden hilfsbedürftigen Angehörigen italienischer Wehrpflichtiger in Zürich geleistet haben, dem Regierungsrat 20 000 Franken für die Kriegsnotunterstützung zugewiesen. Gleicherweise übermachte sie dem Staatsrate des Kantons Tessin als Anerkennung der Dienste des Tessin für die Heimbeförderung von italienischen Staatsangehörigen Fr. 2,000.

Der Bürgermeister von Namur, zwei Geistliche und zwei andere Belgier, welche Mitte September von deutschen Kriegsgerichten zum Tode verurteilt worden waren, wurden auf Fürsprache des Papstes hin begnadigt.

Zwischen norwegischen Importeuren und der britischen Regierung ist ein Uebereinkommen betreffend die norwegische Einfuhr von Korn, Mehl und Fettwaren zustandegekommen. Ueber die Freigabe der Einfuhr von Kaffee beginnen neue Unterhandlungen. Der Streitfall zwischen Norwegen und dem Deutschen Reiche wegen der Unterseebootsverordnung, der nach gewissen Zeitungen beinahe zum Kriege geführt hätte, ist gütlich beigelegt worden. Die beiden Länder haben überdies ein Wirtschaftsabkommen miteinander geschlossen. Also: wenn man will, kann man schon gütlich einen internationalen Streitfall aus der Welt schaffen. — Wenn man will.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz wies die Bezirksämter an, die Vorführung kinematographischer Bilder von den Kriegsschauplätzen nicht zu bewilligen.

Nach dem endgültigen Abstimmungsergebnis über die Einführung der Wehrpflicht in Australien wurde die Vorlage mit 1,146,000 Nein gegen 1,085,000 Ja verworfen.

K. W. Sch.

Ein neues Werk von Bertha von Suttner.

Den Pazifisten und den vielen, die erst der Donnereschlag des Weltkrieges aus ihrer Lethargie aufgeweckt hat, legt Dr. Alfred H. Fried ein wertvolles Werk

Bertha von Suttners auf den Weihnachtstisch. Fried nennt es „Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges“, mit dem Untertitel „Randglossen aus zwei Jahrzehnten zu den Zeitereignissen vor der Katastrophe (1892—1900 und 1907—1914)“. In der Einleitung sagt der Herausgeber, dass er die „Randglossen“, die in vielen Jahrgängen der „Friedenswarte“ zerstreut erstmals das Licht der Welt erblickten, im Auftrage der Verstorbenen als Gesamtwerk der Öffentlichkeit übergebe. Zugleich will er das vielverkannte Lebenswerk der grossen Frau ehren und ihr ein Denkmal setzen. Obschon Bertha von Suttner einige Jahre in ihrer Zeitkritik pausiert hat und zwei Jahrgänge aus anderen Gründen weggelassen werden mussten, füllt das vorhandene Material doch zwei stattliche Bände von zusammen 1294 Seiten. In diesem umfangreichen Werk zieht an uns vorüber die lange Zeit der Rüstungen auf den Weltkrieg, den wir nun in seiner unerhörten Fülle von Brutalitäten, Rechtsbrüchen und Grausamkeiten, seinem Leid und Elend durchkosten. Aber jene hinter uns liegende Zeit der Jahrhundertwende tritt uns vor die Seele im Spiegel einer wunderbaren Gedankenwelt, die an alle grossen und auch kleineren, aber für den Gesichtspunkt der Verfasserin wichtigen Ereignisse anknüpft und sie in das Licht setzt, das ihnen Bedeutung für die jetzige Gegenwart gibt. Bertha von Suttner hat nicht zu denjenigen Pazifisten gehört, die glaubten, die Organisation der Welt sei soweit gediehen, dass eine Katastrophe ausgeschlossen sei. Wohl hat sie gejubelt, wenn sie sehen durfte, wie ihre Gedanken und Sehnsüchten greifbare Formen anzunehmen begannen. Aber immer wieder sehen wir sie als Warnerin, die unermüdlich auf die drohende Gefahr hinweist. Ein grosses Verdienst hat sich Bertha von Suttner damit erworben, dass sie als wahre „Neutrale“ stets mutig den Finger auf die Wunde legte und gerade auch darin liegt für alle, denen es bei der Beurteilung des Weltkrieges und seiner Ursachen allein um die Wahrheit zu tun ist, der ungeheure Wert dieses Buches, das vor dem Kriege, frei von aller Suggestion, geschrieben wurde und das nun, während allenthalben die Tatsachen gefälscht werden, der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird.

Bertha von Suttner gehörte nicht zu denjenigen Pazifisten, die stets nur auf den Splitter im Auge anderer Nationen hindeuten und die den Balken in demjenigen der eigenen oder der verbündeten Gruppe übersehen, wie wir das im Weltkriege in allen Ländern vielfach sehen mussten. Unparteiisch wies sie stets auf den wahren Feind der Menschheit hin, wo er sich immer zeigte, auf den National-Egoismus, der sich durchsetzen will mit allen Mitteln der Macht, auf Kosten anderer, unter Hintansetzung der Rechtsmittel.

Dafür ist das neue Werk ein beredter Zeuge. Wir betrachten darum dieses Buch geradezu als ein unentbehrliches historisches Quellenwerk für jede Geschichtsforschung, die ohne Voreingenommenheit die Vorgeschichte des Krieges schreiben und aus derselben heraus die wahren Urheber desselben erkennen und bezeichnen will. Unterm 4. April 1914! lesen wir: „In der „Berliner Post“ veröffentlicht der bekannte zukunftsromanschreibende General F. Bernhards einen Alarmartikel, worin er „Herstellung völliger Kriegsbereitschaft an unseren Grenzen“ fordert. Die Gestaltung der politischen Lage sei derart, „dass wir einen notwendigen Krieg unter möglichst günstigen Bedingungen offensiv beginnen können“. Weil sich bei dem allgemein verkündeten Standpunkt, dass die Rüstungen nur z